

die CDU-Kreistagsfraktion und die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen, die Verwaltung möge bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziale Angelegenheiten und Soziale Beschäftigungsförderung

- 1.) rechtlich prüfen, ob und inwieweit eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege mit beratender Stimme an den Sitzungen des Ausschusses für Soziale Angelegenheiten und Soziale Beschäftigungsförderung und des Ausschusses für Angelegenheiten von Menschen mit Behinderung teilnehmen kann, und
- 2.) die entsprechenden Umsetzungsschritte vorschlagen.